

16.11.2021

Antrag

der Fraktion der SPD

Prävention und soziale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren stärken! Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung strukturell entgegenwirken! GemeindegeschwisterPlus-Modelle in NRW erproben!

I. Ausgangslage

Angesichts des demografischen Wandels steht unser Pflege- und Sozialsystem vor großen Herausforderungen. Während die Babyboomer-Generation in den nächsten fünf Jahren ins Rentenalter eintritt, wird bei einer immer älter werdenden Gesellschaft gleichzeitig die Pflegebedürftigkeit bei vielen Menschen steigen. Hier besteht schon im Vorfeld der Pflegebedürftigkeit großer Beratungsbedarf, der durch die vorhandenen Strukturen nicht gedeckt wird. Präventive und gesundheitsfördernde Beratungsangebote können einen wichtigen Beitrag leisten, um eine Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung zu vermeiden oder hinauszuzögern. Vor diesem Hintergrund hat das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2015, GemeindegeschwisterPlus-Modellprojekte in sieben Landkreisen erprobt. Speziell geschulte Pflegekräfte haben dort im Zeitraum von 2015 bis 2018 in rund 7.000 präventiven Hausbesuchen mehr als 3.000 hochbetagte Menschen zu ihrer Gesundheits-, Pflege- und Lebenssituation beraten und unterstützt.¹ Wissenschaftlich begleitet wurde das Projekt durch das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung (DIP), das die Kommunen und das Land beraten und Pflegefachkräfte speziell qualifiziert hat. Strukturell sind die Gemeindegeschwisterstellen an die landesweiten Pflegestützpunkte angedockt. Der 2018 veröffentlichte Evaluationsbericht zieht eine durchweg positive Bilanz, so dass das Projekt in Rheinland-Pfalz vom Land und den Krankenkassenverbänden inzwischen fortgesetzt und ausgeweitet wurde.²

Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Anteil der Generation 60+ stark ansteigen. Demnach wird sich die Altersstruktur verändern: Bei einem Bevölkerungsanteil von insgesamt 17,8 Millionen Einwohnern in NRW wird sich der Anteil der über 65-jährigen bis zum Jahr 2030 auf 27,02% belaufen (im Jahr 2008: 19,93%).³ Regional stellt sich der demografische Wandel unterschiedlich dar. So wird die Bevölkerung vor allem im Ruhrgebiet in NRW immer älter. Hier soll der Anteil der über 65-jährigen bis zum Jahr 2030 bei einer Gesamtanzahl von 5,1

¹ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/104305/Gemeindegeschwister-Plus-Projekt-in-Rheinland-Pfalz-wird-ausgeweitet>

² <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/104305/Gemeindegeschwister-Plus-Projekt-in-Rheinland-Pfalz-wird-ausgeweitet>

³ <https://www.rwi-essen.de/media/content/pages/forschung-und-beratung/pdf/Demographischer-Wandel.pdf>

Millionen Menschen bei 28,09% liegen.⁴ Diese Berechnungen müssen als Frühwarnsystem verstanden werden. Beratungsstrukturen zur Pflege und sozialen Teilhabe müssen entsprechend strukturell in jeder Region erweitert werden. Denn auch die Kommunen stehen angesichts der aktuellen Situation und der Prognosen zur Demografie vor enormen Herausforderungen. Hier stellen sich zentrale Fragen wie eine selbstständige Lebensführung, die Lebensqualität und die soziale Teilhabe von älteren Menschen so lange wie möglich wohnortnah erhalten und sichergestellt werden können. Hierzu müssen entsprechende Angebote in die vorhandenen Infrastrukturen eingebettet werden, da diese Faktoren maßgeblich von sozialräumlichen Gegebenheiten abhängen. Dabei gilt es, auch älteren Menschen, die noch nicht pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind, Fürsorge und Beratungsangebote zu ermöglichen, um auch deren spezifische Bedürfnisse vorausschauend begegnen zu können.

Die GemeindegewestPlus soll präventiv ausgerichtete Informations- und Beratungsarbeit in Form von Hausbesuchen mit sozialraumbezogenen Aktivitäten bieten, um die kommunale Daseinsvorsorge für Seniorinnen und Senioren zu unterstützen. So kann eine Selbstständigkeit von hochbetagten Menschen möglichst lange erhalten bleiben und eine Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung durch gezielte Interventionen vermieden oder hinausgezögert werden. Ältere Menschen mit Hilfebedarf sollen so unterstützt werden, dass sie möglichst lange zu Hause leben können und trotz etwaiger Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich sozial aktiv beteiligen können.

Die Erkenntnisse aus den Modellprojekten der GemeindegewestPlus in Rheinland-Pfalz haben gezeigt, dass damit wirksame Beiträge geleistet werden können, um die beschriebenen Herausforderungen des demografischen Wandels adäquat anzugehen.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Im Zuge einer immer älter werdenden Gesellschaft stehen die Kommunen in NRW vor großen Teilhabe- und Pflegeherausforderungen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger.
2. Nicht nur ältere Menschen mit Pflegebedarf nach dem SGB XI, sondern auch ältere Menschen mit Hilfebedarf ohne Pflegegrad benötigen staatliche Unterstützungs- und Teilhabeangebote
3. Im Rahmen selbstständigkeitsfördernder Infrastrukturen wie GemeindegewestPlus-Modellen kann eine Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung so lange wie möglich vermieden oder hinausgezögert werden.
4. GemeindegewestPlus-Modelle haben sich erfolgreich bewährt.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. präventive und gesundheitsfördernde Angebote für Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen auszubauen.
2. die Kommunen in NRW bei den Herausforderungen im Hinblick auf soziale Teilhabe, Prävention und Vereinsamung von älteren Menschen durch GemeindegewestPlus-Modelle zu entlasten und dafür zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

⁴ <https://www.rwi-essen.de/media/content/pages/forschung-und-beratung/pdf/Demographischer-Wandel.pdf>

3. im Rahmen einer übergeordneten Demografie- sowie Präventionsstrategie GemeindegewestPlus-Modelle in ausgewählten Kommunen und in Zusammenarbeit mit den landesweiten Pflegestützpunkten in jedem der fünf Regierungsbezirke in NRW zu erproben.
4. ein einschlägig qualifiziertes Institut für angewandte Pflegeforschung damit zu beauftragen, die GemeindegewestPlus-Modelle wissenschaftlich zu begleiten und am Ende der Projektdauer zu evaluieren.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Josef Neumann

und Fraktion